



"Aufbruch Bayern" ein Desinformationsprogramm zur Tarnung von Kürzungen

Der Haushalts- und Finanzexperte der SPD-Landtagsfraktion Volkmar Halbleib hat den Haushaltsentwurf des Finanzministers in allen Punkten durchleuchtet. Sein Ergebnis: Finanzierungslücken und versteckte Verschuldung allenthalben.

SPD-Haushalts- und Finanzexperte **Volkmar Halbleib** kommt bei einer politischen Gesamtbewertung des Entwurfs für den bayerischen Doppelhaushalt 2011/2012 zu folgenden grundlegenden Ergebnissen:

1. Landesbank-Virus und Steuerfraß gefährden Bayerns Staatsfinanzen:

Die politischen Fehler der CSU bei der Steuerung der Landesbank und die von CSU und FDP gemeinsam vorangetriebene Klientel-Steuerpolitik auf Pump gefährden Bayerns Staatsfinanzen massiv.

2. Finanzierungslücke trotz sprudelnder Steuereinnahmen:

Der Entwurf offenbart eine dramatische Finanzierungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben und das, obwohl die Steuereinnahmen wieder sprudeln.

3. Investitionsquote erreicht historischen Tiefststand, die versteckte Verschuldung steigt!

Dies führt dazu, dass die Investitionsquote im Jahr 2012 ihren historischen Tiefststand erreicht und damit die „versteckte Verschuldung“ deutlich ansteigen wird; auch entsteht ein gewaltiger Sanierungs- und Investitionsstau der staatlichen Infrastruktur.

4. Programm „Aufbruch Bayern“ ist ein Desinformationsprogramm zur Tarnung von Kürzungen.

Nur wenige Projekte haben das Label „Aufbruch“ verdient. Das Programm ist letztlich eine politische Marketingkulisse ohne inhaltliche und finanzielle Substanz. Schlimmer noch: Hinter den Kulissen findet das Gegenteil von dem statt, was auf der Kulisse angekündigt wird.

- Das „Programm Aufbruch“ ist ein „Programm Abbruch“, weil es durch Kürzungen in allen Ressortbereichen finanziert; dies trifft und kürzt auch sehr empfindliche und wichtige Bereiche.
- Das „Programm Aufbruch“ ist ein Etikettenschwindel, weil es zum Teil selbstverständliche bzw. überfällige und längst zugesagte Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf enthält.
- Die Staatsregierung lügt mit dem „Programm Aufbruch“ die Menschen an, weil es enthaltene Schwerpunkte nicht stärkt, sondern kürzt. Es hat sich leider herausgestellt, dass die Staatsregierung sogar in den Bereichen kürzt, bei denen sie im Aufbruch eine Verbesserung ankündigt.



Leitlinien der SPD-Landtagsfraktion in der Finanz- und Haushaltspolitik

Die SPD-Landtagsfraktion wird sich bei der Beratung des Doppel-Haushaltes darauf konzentrieren,

- die politische Verantwortung von CSU und FDP für die Finanzlücken aufzuzeigen,
- den Widerspruch zwischen politischer Rhetorik und finanzpolitischen Handeln bei CSU und FDP deutlich zu machen,
- die politischen Schwerpunkte der SPD herauszustellen und dabei die gravierendsten und schwerwiegendsten Versäumnisse und Fehler im Haushaltsentwurf zu korrigieren,
- eine Generaldebatte für einen starken, leistungsfähigen Staat anzustoßen,
- eine auskömmliche Steuerpolitik zu vermitteln, die zwar die unteren und mittleren Einkommen entlastet, aber durch einen stärkeren Beitrag von Vermögen, Finanztransaktionen und hohen Einkommen auf schuldenfinanzierte Steuersenkung verzichtet.

Der Doppelhaushalt, das steht für die SPD fest, ist **kein ausgeglichener Haushalt:**

Die Staatsregierung behauptet, dass der Staatshaushalt 2011 und 2012 zum sechsten- und siebtenmal in Folge ohne Nettokreditaufnahme und damit ohne neue Schulden aufkommt. Dies ist eine krasse politische Lüge. Aufgrund des 2. Nachtragshaushalts 2008 wurden zwischen Dezember 2008 und März 2009 insgesamt 10 Milliarden Euro am Kreditmarkt aufgenommen, um einen Zusammenbruch der BayernLB aufgrund der massiven Fehler von Vorstand und CSU-Verwaltungsräten zu verhindern. Damit ist rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 eine Neuverschuldung von 1,42 Milliarden Euro erfolgt.

Erhebliche Finanzierungslücken:

Zwischen regulären Einnahmen und regulären Ausgaben klaffen beim Doppelhaushalt 2011/12 erhebliche Finanzierungslücken. Dabei sind schon die erheblichen Kürzungen in allen Ressorts in Höhe von 440 Mio. Euro (2011) und 471 Mio. Euro (2012) sowie das Sonderopfer des öffentlichen Dienstes in Höhe von 458 Mio. Euro (2011) und 487 Mio. Euro berücksichtigt. Für 2011 beträgt diese Finanzierungslücke 2.052 Mio. Euro, für 2012 immerhin noch 1.310 Mio. Euro. Und das, obwohl die Steuereinnahmen mit 31.002 Mio. Euro im Jahr 2011 und mit 32.796 Mio. Euro mit 8,4 bzw. 5,8 Prozent kräftig ansteigen. Das heißt: Der Staatshaushalt ist deutlich unterfinanziert.

Kreditaufnahme beim eigenen Grundstock:

Der CSU/FDP-Staatsregierung kann ihren Entwurf des Doppelhaushalt 2011/12 auch nicht ohne neue Kredite ausgleichen. Vielmehr muss sie in massivem Umfang Kredite beim eigenen Grundstockvermögen aufnehmen. Die sog. rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt für 2011/12 insgesamt 960,3 Millionen Euro. Das ist eine absolute finanzpolitische Notoperation. Bei dieser Konstellation von einem ausgeglichenen Haushalt zu sprechen, ist verwegen.

Verschiebung von Lasten in die Zukunft

Der Entwurf des Doppelhaushalt 2011/12 kann nur deshalb ohne Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden, weil gerade das Gegenteil von dem gemacht wird, was mit dem ausgeglichenen Haushalt verbunden ist. Die CSU/FDP-Regierung verschiebt in massivem Umfang finanzielle Lasten in die Zukunft. So wird der Versorgungsfond in den Jahren 2011 und 2012 vollständig eingefroren, d.h. es erfolgt überhaupt keine Zuführung.

Am Ende des Doppelhaushalt wird Bayern mit 10,8 Prozent die niedrigste Investitionsquote aller Zeiten haben. Das ist ein dramatischer Verfall der Investitionsquote von 21,6 Prozent im Jahr 1993. Das hat unweigerlich eine versteckte Verschuldung zur Konsequenz, weil die Abschreibungen durch Wertverzehr deutlich höher sind als die für Erneuerung und Erhalt zugeführten Mittel.



Analyse und Bewertung des sog. „Aufbruch Bayern“

Das Gesamtvolumen des sog. „Aufbruch Bayern“ soll 1.067,7 Mio. Euro betragen. 252,5 Mio. Euro davon werden zwar jetzt zum Doppelhaushalt 2011/12 politisch verkauft, stehen aber noch gar nicht zur Verfügung, sondern erst im Doppelhaushalt 2013/14. Damit verbleiben nur noch 815,3 Mio. Euro für 2011/12, davon 232,8 Mio. Euro für 2011 und 582,5 Mio. Euro für 2012.

Hausgemachte Ursachen von CSU/FDP für die Finanzierungslücke

Die jährlichen Dauerkosten der Landesbank durch Zinsen für die 10 Milliarden-Sonder-Kreditaufnahme steigen für Zinsen und den notwendigen Ersatz der zerstörten Fondsmittel auf 372,2 Mio. Euro im Jahr 2011 und auf 384,3 Mio. Euro im Jahr 2012. Insgesamt kostet die Landesbank im Doppelhaushalt 2011/2012 damit weitere 755,5 Mio. Euro - ohne einen Cent Rückzahlung. Die für die Landesbank aufgewendeten Zinszahlungen und Ersatzmittel für die Fonds 2011/2012 sind mit 755,5 Mio. Euro fast so hoch wie die für das Programm „Aufbruch Bayern“ bereit gestellten Mittel in Höhe von 815,4 Mio. Euro. Das heißt: Die Fehler der CSU bei der Landesbank machen im wahrsten Sinn des Wortes jedes Jahr einen „Aufbruch Bayern“ mit zusätzlichen Investitionen in Bildung, Familie, Innovation, Infrastruktur und das soziale Miteinander in Bayern kaputt.

Es wird leider in den nächsten Jahren nicht besser. Die Zinsausgaben belasten alle weiteren Haushalte des Freistaates auf absehbare Zeit. Weitere Belastungen kommen dazu. 2014 werden nach dem Finanzplan zusätzlich zu den Zinsen 550 Mio. Euro Garantiezahlungen (Abschirmung des ABS-Portfolios) des Freistaates an die Landesbank fällig, weitere ca. 1.075 Mio. Euro in den Folgejahren. Der ORH schließt auch Zahlungen aus der Garantie von bis zu 4,1 Mrd. Euro nicht aus. Doch damit ist noch nicht Schluss: Ab 2016 muss Bayern Zahlungen an den Bund für Maßnahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung zugunsten der BayernLB leisten.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das insbesondere das Hotelsteuerprivileg enthält, hat 2010 zu Steuermindereinnahmen von 360 Mio. Euro beim Freistaat und von 128 Mio. Euro bei den Kommunen geführt. 2011 und 2012 sind die Steuerausfälle noch höher, sie betragen für den Doppelhaushalt ca. 840 Mio. Euro. Anders gesprochen: Auf die gewaltigen Kürzungen des DHH in Höhe von 911 Mio. Euro in allen Bereichen von Umwelt, Städtebauförderung über Jugend und Soziales bis zu den Staatsstraßen hätte fast vollständig verzichtet werden können, wenn CSU/FDP nicht einseitig ihre Klientel-Steuerpolitik betrieben hätten.

Dem Freistaat entgehen durch die dramatische Unterbesetzung bei den Finanzämtern jährlich Steuereinnahmen von etwa 1 Mrd. Euro. Selbst wenn man sehr konservativ von 500 Mio. Euro pro Jahr ausgeht, könnten mit einer ordnungsgemäß besetzten Steuerverwaltung die ungerechten, demotivierenden und aktionistischen Kürzungen beim Personal verhindert werden